

Teilerfolg für eine transparente Politik

Am 27. Januar 2011 hat die SVP-Fraktion eine Motion im Kantonsrat eingereicht, welche die Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage fordert. An der Kantonsratsitzung vom Donnerstag, 1. Mai 2014 konnten wir während der Revision der Geschäftsordnung des Kantonsrats einen weiteren Schritt Richtung transparente Politik machen. Die SVP-Fraktion möchte, dass das Abstimmverhalten der Mitglieder des Kantonsrates öffentlich und somit auch für jedermann einsehbar ist. Ich bin überzeugt der Meinung, dass wir als Volksvertreter Transparenz gegen-

über der Bevölkerung schuldig sind. Der Stimmbürger muss sich schnell und einfach über die Arbeit seiner Vertreter in der Politik informieren können. Dazu gehört auch die Information über das Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Zuger Parlaments. Leider gibt es immer noch Fraktionen, die sich gegen die Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens der Zuger Kantonsratsmitglieder wehren. Die weiteren Diskussionen über dieses Thema werden spannend, vor allem da wir mitten in einem Wahljahr stecken!

Beni Riedi, Baar

«Feminisierung» der Medizin

Dieser Leserbrief wird mir seitens der Frauen keine Lorbeeren bringen, obwohl ich nur eine simple arithmetische Überlegung anstelle, die niemand anzweifeln kann. Wenn heute bald 70 % der Studienplätze in der Medizin von Studentinnen belegt werden, die dann später im Berufsleben aus völlig natürlichen, akzeptablen Gründen im Durchschnitt nur etwa 60 % Pensen absolvieren, sieht die Investitionsrechnung für unsere Volkswirtschaft miserabel aus. Die Frauen tragen ca. 42 % und die Männer, unter der Annahme, dass sie voll arbeiten, etwa 30 % zu einer «Investition» von 100 % bei. Wir leisten es uns, in einem sehr teuren Ausbildungssegment mit Mangel an ausgebildeten Absolventen 30 % des Aufwandes in den Sand zu setzen. Der CEO eines Wirtschaftsunternehmens würde bei solchen Ergebnissen sehr schnell gefeuert. Karin Julia Stadlin, Präsidentin der Zuger Ärztesgesellschaft bezeichnet

in der «Neue Zuger Zeitung» vom 26. April diesen Effekt als «Feminisierung» der Medizin. Leider wagt keiner der zahlreichen Politiker, denen ich diese Rechnung schon vor Augen geführt habe, diese mathematisch einfache Tatsache öffentlich zu thematisieren. Lösungsansätze für dieses Problem sind sicher nicht einfach zu finden. Immerhin kennt aber das Medizinstudium schon heute den Numerus Clausus. Vielleicht wären, ganz gegen meine sonstige, liberale Überzeugung, Quoten für die Zulassung einführen oder eine Abgeltung für Arbeitspensen unter 100% verlangen. Ich appelliere an die Politik, die oben beschriebene Feminisierung bei den Überlegungen zur Korrektur des Mangels an einheimischen Ärzten mit einzubeziehen. Ein Problem nicht anzupacken, nur weil die Lösung schwierig erscheint und kaum Sympathien von Frauenseite einträgt, ist nicht vertretbar!

HP. Brändli, Zug

Nicht nur von «Freunden» umzingelt

«Es geht darum, ob die Schweiz zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und damit zur staatlichen Unabhängigkeit steht». Heute werden wir ja nicht nur von «Freunden» umzingelt, wir werden mehr und mehr von ihnen bewohnt. So viele Freunde wie wir hat niemand. So werden wir immer mehr zu Gästen im eigenen Land. Ein rückständiger Begriff, ich weiss. Genau so rückständig wie «Unabhängigkeit», «Freiheit», «Selbstbestimmung» und andere diskriminierende Begriffe. Rein organisatorisch sind sie aber unbezahlbar! Natürlich und über Jahrtausende gewachsen und erkämpft. Sogar mit

an die Geographie angepassten anerkannten Abgrenzungen. Ökonomisch wäre es natürlich sinnvoll, sich freiwillig bei der EU als Sklave zu melden, man könnte so die Ketten sparen. Zukünftige Zustände in der EU wie in der heutigen Volksrepublik China sind vorprogrammiert und müssten dabei in Kauf genommen werden. Die Umerziehungslager dort sind derzeit unterbelegt und könnten teilweise genutzt werden. Nachdem bereits die deutsche Sprache aus ideologischen Gründen kaputtreformiert wurde, dürfte man auch davor nicht zurückschrecken.

Meinrad Odermatt, Zug

Wir Zuger Stadtbürger sollten Wort halten

Halten wir unser einmal gegebenes Wort und fördern wir unsere Jugend mit Taten, statt nur mit Absichtserklärungen. Ermöglichen wir endlich den sympathischen und erfolgreichen Jungs und Mädchen der Rebels ihre wohlverdiente Halle in

Oberwil. Ich stimme überzeugt JA für die «Sport und Streethockeyhalle Oberwil» - für die Zukunft unserer Jugend und die Nachbarschaft Oberwil.

Pedro Bilal, Zug

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!

Senden Sie Ihre Leserbriefe mit maximal 2000 Zeichen an redaktion@zugerwoche.ch.

Schweizer Gesundheitssystem

SP Ja zur medizinischen Grundversorgung

Jährlich sollten schweizweit mindestens 200 zusätzliche Studienplätze zur Medizinerausbildung angeboten werden.

Von Hermann Kiener

Das schweizerische Gesundheitssystem kostet zurzeit jährlich 69 Milliarden Franken, mit steigender Tendenz. In den nächsten Jahren werden 3000 Hausärztinnen und Hausärzte ins Pensionsalter kommen. Sie müssen ersetzt werden und die Zukunft verlangt einen höheren Bedarf. Andererseits wurden in der Schweiz im letzten Jahr 800 Ärztinnen und Ärzte ausgebildet, jedoch rund 2500 ausländische angestellt. Mit dem neuen Verfassungsartikel soll dem Problem des Hausärztemangels begegnet und Vorschriften über die Aus- und Weiterbildung für Berufe der medizinischen Grundversorgung festgelegt werden. Damit sind die Behörden und Politiker auf Bundes- und Kantonsebene, mit unternehmerischem Weitblick gefordert, diese Festlegungen einheitlich, kostengünstig, nachhaltig und dem Pa-



Hermann Kiener, SP Cham.

tientenwohl dienend, zu realisieren. Die Vorlage wird vom Ständerat (einstimmig) unterstützt, wie auch von der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, mehreren Ärzteorganisationen, der Spitex, weiteren Fachverbänden der medizinischen Grundversorgung und den

Apothekern. Für mich ist wichtig, dass schweizweit jährlich mindestens 200 zusätzliche Studienplätze zur Medizinerausbildung angeboten werden. Fremdsprachige Gesundheitsfachpersonen, wie Ärzte, Pflegenden, Physio- und Ergotherapeuten sollten sich vor dem Praxiseinsatz auszuweisen haben, dass sie die entsprechende Landessprache in Wort und Schrift beherrschen. So können im Patientenkontakt Missverständnisse bestmöglich ausgeschlossen und das Risiko von Behandlungsfehlern vermindert werden. Die Initiative der Zuger Gesundheitsdirektion, «Zuger Gespräche zur ärztlichen Grundversorgung», nach der Abstimmung zu lancieren, wie auch ihre Vision des «Managed Care Kanton Zug» ist zu begrüssen und zu unterstützen. Mit einem überzeugten JA zur neuen Verfassungsbestimmung zur medizinischen Grundversorgung wird der Weg frei, sowohl die demografischen als auch die medizinischen und pflegerischen Herausforderungen der Zukunft anzugehen und zu lösen.

Finanzausgleich funktioniert

CVP Der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur wird Rechnung getragen

In einem Prozess haben alle elf Gemeinden zusammen mit der Regierung sich auf ein Entlastungspaket zu Gunsten der Gebirgsgemeinden geeinigt. Das Ziel, für alle Gemeinden eine vertretbare und tragfähige Lösung zu finden, wurde am Schluss einvernehmlich erreicht.

Von Georges Helfenstein

Mit dem ersten Wirksamkeitsbericht vom Dezember 2013 des Regierungsrates wird bestätigt, dass im Prinzip der innerkantonale Finanzausgleich funktioniert. Dass die Gebirgsgemeinden sich natürlich monieren und darum anstreben, weniger in den Finanzausgleichstopf zu zahlen, ist naheliegend. In einem zweijährigen Prozess haben alle elf Gemeinden zusammen mit der Regierung sich auf ein Entlastungspaket zu Gunsten der Gebirgsgemeinden geeinigt. Das Ziel, für alle Gemeinden eine vertretbare und tragfähige Lösung zu finden, wurde zwar mit Kompromissen, aber am Schluss einvernehmlich erreicht. Weitergehende Reformen können dazu führen, dass die Steuerfüsse



Georges Helfenstein, Kantonsrat CVP, Cham.

angepasst werden müssen und dadurch die Steuerscheren auseinander driften. Mit dem Ausgleich wird auch der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur und Steuerkraft Rechnung getragen. Sich aber nun mit dieser Anpassung einfach zu-

frieden zu geben, darf aber nicht das Ziel der Nehmergemeinden sein. Gerade eine Gemeinde wie z.B. Cham muss sich ernsthaft Gedanken machen, wie sie ihre Steuererträge verbessern kann, da können zu bebauende Gebiete wie etwa das Papierfabrikareal einen Beitrag zu leisten. Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Cham zeigt zwar Mehreinnahmen über Budget bei den natürlichen Personen, dafür aber Mindereinnahmen bei den juristischen Personen. Mit den Vorgaben des kantonalen Richtplanes ist es schwierig, in Cham Dienstleistungszonen zu schaffen, und die wirtschaftliche Lage trägt auch nicht dazu bei, dass sich viel Firmen um die vorhandenen Flächen reissen. Dennoch müssen Wege gefunden werden, aus der Abhängigkeit des Finanzausgleiches zu kommen. Darum scheint es mir auch wichtig, Ausgaben zu hinterfragen. Notwendiges ist von Wünschbarem zu trennen und Ansprüche müssen der Sache gerecht dienen, ohne überheblich daherzukommen, damit sich die finanziellen Belastungen in einem gesunden Mass bewegen.

Regierungsratskandidatin nominiert

SP KANTON ZUG Christina Bürgi Dellsperger

Die Mitglieder der SP Kanton Zug haben Christina Bürgi Dellsperger einstimmig und mit Überzeugung als Regierungsratskandidatin nominiert.

PD/SB - Der Wahlausschuss und die Geschäftsleitung schlugen Christina Bürgi Dellsperger als Kandidatin für den Zuger Regierungsrat vor. Die SP-Mitglieder bestätigten an der Nominationsversammlung, dass mit Christina Bürgi Dellsperger kandi-

diert, die über Knowhow in Finanz- und Steuerfragen und Erfahrung im Kantonsrat verfügt, die Zuger Staatsinteressen glaubwürdig auf kantonaler und ebenso auf nationaler wie internationaler Ebene einbringen kann. Die Karriere-Diplomatin vertrat die offizielle Schweiz auf der ganzen Welt, insbesondere in Wirtschafts- und Finanzfragen. Der Kanton Zug käme dieses breite Netzwerk von Christina Bürgi Dellsperger durchaus zu-

gute – sie ist die einzige der Regierungsratskandidierenden mit diesem Profil. Als promovierte Historikerin hat sie sich schon im Rahmen ihrer Dissertation mit Krisenjahren und goldenen Zeiten im Kanton Zug auseinandergesetzt. Aktuell arbeitet sie beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, EDA, im Bereich Finanzen der Aussenpolitik. Die Zugerin ist 54 Jahre alt und lebt mit ihrem Mann in Risch.